

AGF Europa News

Aktuelles zur Familienpolitik aus Europa – Mai 2012

Inhalt

Neuigkeiten aus der COFACE	2
COFACE ruft zum Europäischen Jahr für die Vereinbarkeit von Berufs- und Familienleben 2014 auf.....	2
COFACE stellt Buch zur UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen vor	2
Recht auf Familienzusammenführung	2
Integration Forum am 31. Mai und 01. Juni 2012	2
Fachgespräch der AGF am 22. Juni 2012.....	2
70 NGOs rufen zum Schutz des Familienlebens von Migrant/innen und Flüchtlingen auf	3
Neuigkeiten aus der Europäischen Kommission	3
Kommission verabschiedet länderspezifische Empfehlungen	3
Kommission stellt Strategie für sicheres Internet für Kinder vor	4
Kommission startet EURES-Initiative für arbeitslose Jugendliche.....	4
Kommission veröffentlicht Eurobarometer zu Zuwanderung, Asyl und Freizügigkeit	4
Kommission legt zugelassene gesundheitsbezogenen Angaben für Lebensmittel fest.....	4
RAPEX-Bericht 2011 zur Produktsicherheit in der EU veröffentlicht	5
Kommission fordert mehr Engagement bei der Integration von Roma	5
Rekordbeteiligung am Erasmus-Programm	5
Kommission startet Bürgerbefragung.....	5
Kommission startet die Europäische Verbraucheragenda und stellt Verbraucherbarometer vor	6
Kommission veröffentlicht Ergebnisse zur Armut	6
Neuigkeiten aus dem Europäischen Parlament	6
Gesundheitsausschuss des Parlaments zur Sicherheit von Pharmaerzeugnissen.....	6
Parlament nimmt Entschließung zur Ressourceneffizienz an.....	7
Europäisches Jahr 2012: Aktives Altern und Solidarität zwischen den Generationen.....	7
Weltgesundheitsstag am 7. April zum Thema "Gesundes und aktives Altern"	7
Weitere Nachrichten	7
Internationaler Tag der Familie am 15. Mai	7
UNICEF veröffentlicht Ergebnisse zu Kinderarmut in Ländern mit hohem und mittlerem Einkommen.....	7
UNICEF veröffentlicht Bericht über die weltweite Lage von Kindern 2012	7
Eurostat veröffentlicht Zahlen zur Arbeitslosigkeit.....	8
Sozialdemokratische Partei Europas startet Kampagne gegen Jugendarbeitslosigkeit.....	8
Gerichtshof fällt Urteil zur Arbeitszeitgestaltung	8
Bevorstehende Veranstaltungen.....	9

Neuigkeiten aus der COFACE

COFACE ruft zum Europäischen Jahr für die Vereinbarkeit von Berufs- und Familienleben 2014 auf

Die COFACE hat zur Unterstützung ihrer Initiative für das Europäische Jahr für die Vereinbarkeit von Berufs- und Familienleben 2014 aufgerufen. Das Wohlbefinden von Familien ist ein Schlüsselfaktor für eine gesunde und gut funktionierende Gesellschaft. Familien müssen darin unterstützt werden, die richtige Balance zwischen Berufs- und Familienleben zu finden. Weiterhin spielen im Rahmen des Europäischen Jahres 2014 die Sichtbarkeit sozialer Verantwortung, Gesundheit, Geschlechtergleichheit und Politik zugunsten des Kindeswohls eine wichtige Rolle.

- [Pressemitteilung der COFACE zum Europäischen Jahr 2014 \(englisch\)](#) 
- [Manifest der COFACE zum Europäischen Jahr 2014 \(englisch\)](#) 

COFACE stellt Buch zur UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen vor

Die COFACE hat anlässlich einer Konferenz im Europäischen Parlament zur Pflege von Menschen mit Behinderungen ihr Buch über das familiäre Ausmaß der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen vorgestellt. Die Veröffentlichung verdeutlicht den Einfluss der UN-Konvention auf Familien und unterstützt die Implementierung der Strategie 2010 – 2020 für Menschen mit Behinderungen sowie den Bericht des Europäischen Parlaments über die Mobilität und Integration von Menschen mit Behinderungen.

- [Publikation der COFACE „The Family Dimension of the UNCRPD“ \(englisch\)](#)

Recht auf Familienzusammenführung

Integration Forum am 31. Mai und 01. Juni 2012

Am 31. Mai und 1. Juni fand in Brüssel das 7. "Integration Forum" statt, das das Recht auf Familienzusammenführung thematisierte. Neben den ständigen Mitgliedern des Forums waren daher auch Organisationen eingeladen, die sich an der Konsultation zum Grünbuch der Europäischen Kommission Anfang des Jahres beteiligt hatten (siehe [AGF Europa News vom März 2012](#)). Mithilfe von Inputs aus verschiedenen Perspektiven wurden die Fragen der Konsultation intensiv diskutiert. Drei Panels betrafen die Themenbereiche Integrationsmaßnahmen (v.a.: Sprachtests) als Bedingung für Familienzusammenführung, Fragen zum Asyl und besonders Schutzbedürftigen sowie Missbrauch und Betrug.

- [Veranstaltungsseite zum „European Integration Forum“ \(englisch\)](#)
- [Weitere Informationen zum Europäischen Integrationsforum](#)

Fachgespräch der AGF am 22. Juni 2012

Anlässlich der aktuellen Diskussionen zum Recht auf Familienzusammenführung in der EU führt die AGF am 22. Juni 2012 ein Fachgespräch durch. Bei dem Gespräch mit Expert/innen aus der europäischen und deutschen Politik, aus Verwaltung, NGOs und Wissenschaft stehen die europäische Debatte sowie die Regelungen der Familienzusammenführung in einzelnen Mitgliedstaaten im Fokus. Besondere Beachtung findet bei dem geplanten Fachgespräch die Situation in Deutschland sowie die Vereinbarkeit der

bestehenden Regelungen zur Familienzusammenführung mit dem Recht auf Familienleben und dem Vorrang des Kindeswohls. Das Fachgespräch findet am 22.06.2012 von 11.00 Uhr bis 16.00 Uhr in Berlin statt. Das Fachgespräch wird simultan Deutsch/Englisch übersetzt. Inputs stammen u.a. von: Dr. Christian Klos vom Bundesministerium des Innern, Albert Kraler vom International Centre for Migration Policy Development (ICMPD) in Wien, Betty de Hart vom Centre for Migration Law an der Universität Nijmegen. Die Anmeldung zum Fachgespräch ist bis zum 15.06.2012 möglich.

- [Programm des Europäischen Fachgesprächs der AGF zur Familienzusammenführung](#) 

70 NGOs rufen zum Schutz des Familienlebens von Migrant/innen und Flüchtlingen auf

70 Verbände, darunter die COFACE haben die Europäische Kommission dazu aufgerufen, das Familienleben von Migrant/innen und Flüchtlingen zu schützen. Der Aufruf unterstreicht, dass Familienzusammenführung ein Motor von sozialer Kohäsion und Integration ist, und keine Familie, unabhängig vom Einkommen oder Bildungsstand, von diesem Recht ausgeschlossen werden dürfe. Es erinnert daran, dass Familienzusammenführung ein fundamentales, unter EU-Recht fallendes Menschenrecht ist.


- [Pressemitteilung der COFACE zum Aufruf an die Europäische Kommission \(englisch – Stand 15. Mai mit 20 unterstützenden Verbänden\)](#) 

Neuigkeiten aus der Europäischen Kommission

Kommission verabschiedet länderspezifische Empfehlungen

Die Kommission hat ihre länderspezifischen Empfehlungen für haushaltspolitische Maßnahmen und Wirtschaftsreformen in den 27 Mitgliedstaaten vorgestellt. Sie basieren auf der Bewertung der im letzten Jahr angenommenen Empfehlungen sowie auf der Analyse der von den einzelnen EU-Staaten eingereichten Nationalen Reformprogramme (NRP) und Stabilitäts- und Konvergenzprogramme. Die Empfehlungen decken eine Vielzahl an Themen, u.a. öffentliche Finanzen, Renten, Dienstleistungen sowie arbeitsmarktpolitische Fragen, insbesondere Jugendarbeitslosigkeit ab und sind Teil des Europäischen Semesters zur stärkeren wirtschaftspolitischen Koordinierung in der EU. Im zweiten Halbjahr des Jahres 2012 sollen sie in die Haushaltsplanungen und Wirtschaftspolitiken der jeweiligen Mitgliedstaaten einfließen.

Für Deutschland empfiehlt die Kommission die Haushaltskonsolidierung konsequent weiterzuverfolgen. Der Zugang zum Arbeitsmarkt für benachteiligte Gruppen soll erleichtert werden und mehr Mittel in Bildung, vor allem auch für benachteiligte Gruppen, z.B. Integrationsmaßnahmen für Migrant/innen und Qualifizierungsprogramme für Langzeitarbeitslose investiert werden. Die Kommission fordert Deutschland auf, Minijobs in feste Arbeitsstellen umzuwandeln, um Rentenansprüche sicherzustellen. Frauen sollten nicht durch finanzielle Anreize von Erwerbsarbeit abgehalten werden, stattdessen müsse die Ganztagsbetreuung von Kindern ausgebaut werden. Im Bereich Gesundheit erachtet die Kommission es als unabdingbar, weitere Maßnahmen zur Verbesserung der öffentlichen Gesundheitsversorgung einzuführen. Die im NRP vorgeschlagene Reform der Langzeitpflege erachtet die Kommission als ungenügend.

- [Pressemitteilung der Europäischen Kommission zu den länderspezifischen Empfehlungen](#)
- [Hintergrundmemo der Europäischen Kommission zu den länderspezifischen Empfehlungen \(englisch\)](#)
- [Länderspezifische Empfehlungen der Europäischen Kommission für Deutschland \(englisch\)](#) 


Kommission stellt Strategie für sicheres Internet für Kinder vor

Die Kommission hat die Mitteilung „Europäische Strategie für ein besseres Internet für Kinder“ vorgelegt. Im Hinblick darauf, dass heute 75% der Kinder und Jugendlichen das Internet nutzen (davon jede/r Dritte mit einem mobilen Gerät), soll mithilfe der Strategie mehr Sicherheit in der digitalen Welt geschaffen werden. Dazu will die Kommission in Kooperation mit den Mitgliedstaaten Mobilfunkbetreibern, Geräteherstellern und Betreibern sozialer Netzwerke, Werkzeuge initiieren, die Kinder vor Gefahren im Internet schützen. Schulen sind dazu aufgerufen, ihre Schüler/innen und deren Eltern stärker für Internetsicherheit zu sensibilisieren. Außerdem soll die Produktion kreativer und edukativer Online-Inhalte für Kinder und der Aufbau von Plattformen gefördert werden.

- [Pressemitteilung der Europäischen Kommission zur Internet-Strategie für Kinder \(englisch\)](#)

Kommission startet EURES-Initiative für arbeitslose Jugendliche

Vor dem Hintergrund der hohen Jugendarbeitslosigkeit in Europa hat die Kommission die Pilotinitiative „Dein erster EURES-Job“ gestartet. Ziel der Initiative ist es, jugendliche Arbeitnehmer/innen und Unternehmen bei der Arbeitsvermittlung in Europa zu unterstützen. Die nationalen Arbeitsagenturen aus Deutschland, Spanien, Dänemark und Portugal haben sich dazu verpflichtet, den Auftrag europaweit umzusetzen. Die erste Phase dient darüberhinaus als Testlauf für den Umbau des Netzwerks nationaler Arbeitsagenturen zu einer neuen gesamteuropäischen Arbeitsverwaltung.

- [Pressemitteilung der Europäischen Kommission zur Initiative „Dein erster EURES-Job“ \(englisch\)](#)
- [Hintergrundmemo zum EURES-Programm \(englisch\)](#)
- [Aktueller Europäischer Monitor für offene Stellen \(englisch\)](#) 

Kommission veröffentlicht Eurobarometer zu Zuwanderung, Asyl und Freizügigkeit

Die Kommission hat eine Eurobarometer-Umfrage zu den Themen Zuwanderung, Asyl und Freizügigkeit im Jahr 2011 veröffentlicht. Acht von zehn Europäer/innen sind der Meinung, dass Bedürftigen Schutz und Asyl gewährt werden müssen und dass die Vorschriften für die Aufnahme von Asylbewerbern in allen Ländern einheitlich sein sollten.

- [Pressemitteilung der Europäischen Kommission zur Eurobarometer-Umfrage zu Zuwanderung, Asyl und Freizügigkeit](#)
- [Eurobarometer-Umfrage zu Zuwanderung, Asyl und Freizügigkeit \(englisch\)](#)

Kommission legt zugelassene gesundheitsbezogenen Angaben für Lebensmittel fest

Die Kommission hat eine Liste mit rund 500 zulässigen gesundheitsbezogenen Angaben für Lebensmittel vorgelegt, die für die Verbraucher/innen im Internet frei zugänglich sind. Damit soll gewährleistet werden, dass Angaben wie „fettarm“ oder „stärkt die Abwehrkräfte“ auf Lebensmittelverpackungen und in der Werbung tatsächlich korrekt sind. Nicht wissenschaftlich begründete Angaben müssen vom Markt genommen werden. Mehr als 1.600 Einträge wurden nicht zugelassen. Die Behörden der Mitgliedstaaten müssen die Regeln durchsetzen, die Lebensmittelhersteller haben sechs Monate Zeit, sich an die neuen Anforderungen anzupassen.

- [Pressemitteilung der Europäischen Kommission zu gesundheitsbezogenen Angaben für Lebensmittel](#)
- [Liste der zugelassenen Gesundheitsangaben \(englisch\)](#)

RAPEX-Bericht 2011 zur Produktsicherheit in der EU veröffentlicht

Der aktuelle Bericht des EU-Schnellwarnsystems für gefährliche Produkte (mit Ausnahme von Lebensmitteln) RAPEX ist veröffentlicht worden. Daraus geht hervor, dass im Jahr 2011 ein Fünftel weniger gefährliche Produkte auf den EU-Markt gelangten als im Vorjahr. Dies sei darauf zurückzuführen, dass sich das 2004 initiierte Schnellwarnsystem qualitativ weiterentwickelt hat. Die Warnmeldungen von RAPEX betrafen am häufigsten Textilien, Spielzeug, Autos, Elektrogeräte und Kosmetika. Über die Hälfte der gefährlichen Produkte wurden in China hergestellt, rund drei Prozent kamen aus Deutschland. Um die Produktions- und Lieferketten besser überwachen zu können, baut die Kommission die Produktsicherheit in Zusammenarbeit mit Drittländern, vor allem China und den USA, weiter aus.

- [Pressemitteilung der Europäischen Kommission zum RAPEX-Bericht 2011](#)
- [Hintergrundinformationen zu RAPEX und zum RAPEX-Bericht 2011 \(englisch\)](#)

Kommission fordert mehr Engagement bei der Integration von Roma

Die Kommission hat einen Bericht veröffentlicht, in dem sie die Mitgliedstaaten dazu auffordert, ihre nationalen Strategien zur Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Integration von Roma umzusetzen. Die Umsetzungsmaßnahmen werden künftig in jährlichen Fortschrittsberichten von der Kommission bewertet. Die Forderung der Kommission ist die Antwort auf die nationalen Pläne der Mitgliedstaaten, die sie der Kommission als Antwort auf den EU-Rahmen für nationale Strategien zur Integration der Roma vorgelegt hatten. Im EU-Rahmen werden die vier Schlüsselbereiche Zugang zu Bildung, Beschäftigung, Gesundheitsfürsorge und Wohnraum thematisiert. Die Kommission kommt in ihrem Bericht zu dem Schluss, dass insbesondere mehr Mittel für die Integration von Roma bereitgestellt, Erfolgskontrollen eingeführt und Diskriminierung und Segregation bekämpft werden müssten.

- [Hintergrundmemo zur Roma-Strategie der Europäischen Union \(englisch\)](#)

Rekordbeteiligung am Erasmus-Programm

Anlässlich des 25-jährigen Bestehens des europäischen Austausch-Programms Erasmus stellte die Kommission Zahlen zur Beteiligung am Programm vor. Diese zeigen eine Steigerung der Beteiligung von 8,5 % zum Vorjahr (ca. 231.000 Personen). Ein durchschnittliches Erasmus-Stipendium, mit dem die zusätzlichen Lebenshaltungskosten im Ausland gedeckt werden sollen, beträgt 250 Euro monatlich. Die beliebtesten Aufnahme- und Entsendestaaten waren Frankreich, Spanien und Deutschland.

- [Pressemitteilung der Europäischen Kommission zur Beteiligung am Erasmus-Programm](#)

Kommission startet Bürgerbefragung

Am Europatag am 9. Mai hat die Kommission ihre bislang größte Bürgerbefragung gestartet, die noch bis zum 9. September 2012 läuft. Mit der Konsultation möchte die Kommission herauszufinden, mit welchen Problemen EU-Bürger/innen bei Arbeit, Studium, Auslandsreise oder der Ausübung ihrer Rechte als Wähler/innen und Verbraucher/innen konfrontiert sind und wie sie sich die EU im Jahr 2020 vorstellen.

- [Pressemitteilung der Europäischen Kommission zur Bürgerkonsultation](#)
- [Online-Fragebogen zur Bürgerkonsultation](#)

Kommission startet die Europäische Verbraucheragenda und stellt Verbraucherbarometer vor

Die Kommission hat die Europäische Verbraucheragenda für mehr Vertrauen und Wachstum gestartet, um die Teilhabe der europäischen Bürger/innen am Binnenmarkt zu stärken und ihr Vertrauen in den Markt zu erhöhen. In den fünf Schlüsselbereichen Lebensmittel, Energie, Finanzdienstleistungen, Verkehr und Digitaler Bereich soll bis 2014 daran gearbeitet werden, die Verbrauchersicherheit zu erhöhen, das Wissen der Bürger zu erweitern, den Rechtsschutz zu verbessern und die Verbraucherpolitik an den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Wandel anzupassen.

Außerdem hat die Kommission die Frühjahrsausgabe ihres Verbraucherbarometers vorgestellt, aus der hervorgeht, dass sich die Lage der Verbraucher/innen im europäischen Binnenmarkt 2011 verbessert hat. Deutschland gehört im EU-Vergleich zu den Staaten mit den besten Bedingungen für Verbraucher/innen.

- [Pressemitteilung der Europäischen Kommission zur Europäischen Verbraucheragenda](#)
- [Pressemitteilung der Europäischen Kommission zum Verbraucherbarometer](#)
- [Vollständiges Verbraucherbarometer \(englisch\)](#)

Kommission veröffentlicht Ergebnisse zur Armut

Die Kommission hat die Ergebnisse einer Umfrage zu den sozialen Auswirkungen der Krise veröffentlicht. Darin werden insbesondere die Wahrnehmung von Armut, die finanzielle Lage der Privathaushalte, Arbeitsplatzsicherheit, Änderungen beim Zugang zu Gesundheits- und sozialer Versorgung und Rentenerwartungen einbezogen. Rund 80 % aller Europäer/innen antworteten, dass die Armut aktuell in ihrem Land angestiegen sei. Mehr als 50 % glauben, dass mindestens jeder Fünfte als arm anzusehen sei. Etwa ein Drittel aller Befragten gab an, dass die Kosten von Gesundheitsversorgung, Kinderbetreuung und Pflege schwieriger zu bewältigen seien als früher. Ca. 14 % halten ihre Rente für sicher, ca. 25 % der Befragten gaben an, eine niedrigere Rente zu erhalten als erwartet, ebenfalls 25 % äußerten, dass sie für ihre Rente sparen müssten und 12 % gaben an, später in den Ruhestand zu treten.

- [Ergebnisse der Umfrage „Monitoring the social impact of the crisis: public perceptions in the European Union“ \(englisch\)](#) 

Neuigkeiten aus dem Europäischen Parlament

Gesundheitsausschuss des Parlaments zur Sicherheit von Pharmaerzeugnissen

Der EP-Gesundheitsausschuss hat Berichte zu Änderungen der EU-Gesetzgebung zur Überwachung der Sicherheit von Pharmaerzeugnissen verabschiedet. Um gefährliche Medikamente vom Markt zu nehmen, hatte die Kommission dem Parlament im Februar Vorschläge vorgelegt, die diese nun bestätigte. Es soll ein Warnverfahren eingeführt werden, das automatisch ausgelöst wird, wenn in einem Mitgliedstaat ein Medikament vom Markt genommen wird oder wenn ein Unternehmen seine Markterlaubnis aus Sicherheitsgründen nicht erneuern lässt. Die Europäische Arzneimittelagentur muss schwarze Symbole für neue und besonders überwachte Medikamente vergeben, um Ärzt/innen und Patient/innen besser zu informieren. Im Juli sollen die Änderungen im Rat abgestimmt werden.

- [Vorschlag der Europäischen Kommission zur Änderung der Richtlinie von Pharmaerzeugnissen](#)

Parlament nimmt EntschlieÙung zur Ressourceneffizienz an

Das Parlament hat eine EntschlieÙung zur Ressourceneffizienz in Europa angenommen, um Ressourcen besser zu nutzen, das Wirtschaftswachstum anzukurbeln und die Umwelt zu schützer. Weiterhin soll die Kommission die Recycling-Zielvorgaben der Abfallrahmenrichtlinie überarbeiten und die Ökodesign-Richtlinie erneuern.

- [EntschlieÙung des Europäischen Parlaments zum Thema „Ressourcenschonendes Europa“](#)

Europäisches Jahr 2012: Aktives Altern und Solidarität zwischen den Generationen

Weltgesundheitsstag am 7. April zum Thema “Gesundes und aktives Altern”

Der jährlich am 7. April stattfindende Weltgesundheitsstag widmete sich in diesem Jahr mit dem Motto „Good health adds life to years“ dem Thema “Gesundes und aktives Altern”. Kampagnenmaterialien und Aktivitäten sollten zeigen, wie eine gute Gesundheit älteren Personen dabei helfen kann, ein aktives Leben zu führen. Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) kämpft damit auch gegen den negativen Stereotyp des Alterns an.

- [Hintergrundinformation der WHO zum Weltgesundheitsstag 2012 \(englisch\)](#) 

Weitere Nachrichten

Internationaler Tag der Familie am 15. Mai

Der internationale Tag der Familie fand am 15. Mai statt. Er wurde 1993 von der UN-Generalversammlung ausgerufen, um an die Bedeutung der Familie als grundlegende Einheit zu erinnern und die öffentliche Unterstützung für Familien zu propagieren. In Deutschland fand der Tag der Familie einen Tag zuvor, am 14. Mai statt.

UNICEF veröffentlicht Ergebnisse zu Kinderarmut in Ländern mit hohem und mittlerem Einkommen

UNICEF hat Ergebnisse von Umfragen der Luxembourg Income Study (LIS) veröffentlicht, die untersuchen, wie das Risiko von Kinderarmut im Vergleich zu anderen Mitgliedern der Gesellschaft ist. In Finnland ist die Kinderarmut im Vergleich zum Rest der Population deutlich niedriger, während in Tschechien Kinder öfter in Armut leben oder davon bedroht sind, als erwachsene Personen.

- [UNICEF-Veröffentlichung: „Child poverty in high and middle-income countries“ \(englisch\)](#) 

UNICEF veröffentlicht Bericht über die weltweite Lage von Kindern 2012

UNICEF hat den aktuellen Bericht „The State of the World’s Children 2012: Children in an Urban World“ (dt.: Die weltweite Lage der Kinder 2012: Kinder in einer urbanen Welt) veröffentlicht. Darin wird u.a. deutlich, dass Millionen von Kindern in Städten auf der ganzen Welt in großer Armut leben.

- [UNICEF-Veröffentlichung „The State of the World’s Children 2012: Children in an Urban World“ \(englisch\)](#)

Eurostat veröffentlicht Zahlen zur Arbeitslosigkeit

Das Statistische Amt der EU (Eurostat) hat Daten zur Arbeitslosigkeit in der EU für den Monat März 2012 veröffentlicht. Demnach hat die Arbeitslosigkeit mit 17,36 Millionen Arbeitslosen einen Negativrekord erreicht. Dies entspricht einer Arbeitslosenquote von 10,2 % im EU-Durchschnitt, wobei die Arbeitslosigkeit in Österreich, den Niederlanden und Luxemburg am niedrigsten und in Spanien und Griechenland am höchsten ist.

- [Pressemitteilung von Eurostat zur Arbeitslosigkeit im Euroraum im März 2012](#) 

Eurofound veröffentlicht Studie zu jungen Menschen mit Krankheiten oder Behinderungen

Eurofound (Europäische Stiftung zur Verbesserung von Lebens- und Arbeitsbedingungen) hat eine Studie zur Situation junger Menschen mit gesundheitlichen Problemen und Behinderungen in elf Mitgliedstaaten veröffentlicht. Die Studie betrifft Dänemark, Finnland, Frankreich, Deutschland, Irland, Niederlande, Polen, Portugal, Spanien, Schweden und England.

- [Eurofound-Studie zur Situation junger Menschen mit gesundheitlichen Problemen oder Behinderungen \(englisch\)](#) 



Sozialdemokratische Partei Europas startet Kampagne gegen Jugendarbeitslosigkeit

Die Sozialdemokratische Partei Europas (SPE) hat ihre Kampagne „Your future is my future – A European Youth Guarantee now!“ (dt.: „Deine Zukunft ist meine Zukunft – eine europäische Jugendgarantie jetzt!“) gestartet. Mit der Kampagne will die SPE auf die hohe Jugendarbeitslosigkeit in der EU aufmerksam machen und Maßnahmen dagegen einführen.

- [Initiative „Your future is my future – A European Youth Guarantee now!“ der SPE \(englisch\)](#)

Gerichtshof fällt Urteil zur Arbeitszeitgestaltung

Der Gerichtshof der Europäischen Union hat sein Urteil zur Auslegung der Richtlinie über bestimmte Aspekte der Arbeitszeitgestaltung (Richtlinie 2003/88/EG) gefällt. U.a. werden mit dieser Richtlinie die Mitgliedstaaten verpflichtet, jedem/jeder Arbeitnehmer/in mindestens vier Wochen bezahlten Jahresurlaub zu gewähren. Nur im Falle der Beendigung des Arbeitsverhältnisses darf der Urlaub durch eine finanzielle Vergütung ersetzt werden. Außerdem ist die Festlegung eines Übertragungszeitraums von neun Monaten, nach dessen Ablauf der Anspruch auf bezahlten Jahresurlaub erlischt, nicht richtlinienkonform. Die Richtlinie gilt für alle privaten und öffentlichen Tätigkeitsbereiche.

- [Pressemitteilung des Gerichtshof der EU zum Urteil zur Arbeitszeitgestaltung](#) 
- [Urteil des Gerichtshof der EU zur Auslegung der Richtlinie über bestimmte Aspekte der Arbeitszeitgestaltung](#) 

Bevorstehende Veranstaltungen

- International Commission on Couple and Family Relations (ICCFR): Konferenz [“Collaboration Instead of Collision: Family Law, Social Policy and Joint Practice”](#) (14. – 17. Juni 2012, Boston)
- AGF: Europäisches Fachgespräch [“Recht auf Familienzusammenführung”](#) (22. Juni 2012, Berlin)
- COFACE: Fachgespräch „Early School Leavers and Early Childhood Education and Care (25. Juni 2012, Brüssel)
- COFACE: Konferenz “Reconciling Work and Care responsibilities: a challenge for family carers in Europe” (26. Juni 2012, Brüssel)
- Public Policy Exchange: Symposium [“Revitalising Alcohol Harm Reduction Strategies in Europe”](#) (28. Juni 2012, Brüssel)
- European Map of Intergenerational Learning-Netzwerk: Konferenz [“Generations Ageing Together”](#) (9. – 11. Juli, Staffordshire)
- Glasgow Caledonian University und BHF National Centre: Kongress [“8th World Congress on Active Aging”](#), (13. – 17. August 2012, Glasgow)
- Eurochild: Jahreskonferenz 2012 [“Promoting the rights of children in alternative care across Europe”](#) (24. – 26. Oktober 2012, Sofia)

Die **Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen (AGF) e.V.** ist der Zusammenschluss des Deutschen Familienverbands (DFV), der Evangelischen Aktionsgemeinschaft für Familienfragen (eaf), des Familienbundes der Katholiken (FDK), des Verbands alleinerziehender Mütter und Väter (VAMV) und des Verbands binationaler Familien und Partnerschaften (iaf).

Die Familienverbände setzen sich mit ihren jeweiligen Schwerpunkten für die Interessen und Rechte von Familien ein. Die AGF formuliert die gemeinsamen Anliegen ihrer Mitgliedsverbände und ist mit ihren Tätigkeiten eine aktive Partnerin in Politik und Gesellschaft. Sie setzt sich mit politischer Lobbyarbeit für die Belange der Familien ein und fördert den Dialog und die Kooperation der familienpolitischen Organisationen sowie den Verantwortlichen der Familienpolitik auf nationaler und internationaler Ebene. Ihr Ziel ist die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Familien in Deutschland und Europa. Die AGF ist Mitglied der COFACE (Confederation of Family Organisations in the European Union).